



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Woche kam der Landtag von Mittwoch bis Freitag zur 5., 6. und 7. Plenarsitzung zusammen.

Der erste Plenartag am Mittwoch startete mit der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten Hendrik Wüst. Im Anschluss stand eine Aktuelle Stunde zur Entlastung der Bürger und Unternehmen aufgrund der stark gestiegenen Energiekosten auf der Tagesordnung. Ein weiteres Thema des Tages war die Förderung von kleinen Photovoltaikanlagen.

Im Mittelpunkt des Plenartages am Donnerstag stand die Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Außerdem befasste sich der Landtag mit der Entlastung von Familien und Menschen mit geringem Einkommen sowie der Corona-Strategie für Herbst und Winter.

Der letzte Plenartag begann dann wieder mit einer Aktuellen Stunde. Dieses Mal zur personellen Notlage in den Pflegeheimen.

Eine Übersicht über alle Themen der Woche finden Sie unter: www.landtag.nrw.de/home/aktuelles

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund
Ihr Raphael Tigges

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

In seiner Regierungserklärung am Mittwoch hat Ministerpräsident Hendrik Wüst die Absichten und Vorhaben der schwarz-grünen Landesregierung für die kommende Wahlperiode erläutert.

Ganz oben auf der Liste stehen Entlastungen für Bürger und Unternehmen, die vor dem Hintergrund der weiter steigenden Verbraucher- und Energiepreise Unterstützung benötigen.

„Eine warme Wohnung oder der Weg zur Arbeit dürfen kein Luxus sein. Die normalen Menschen müssen sich ein normales Leben leisten können. Für viele ist die Belastungsgrenze bereits jetzt überschritten“, so Ministerpräsident Wüst.

Auf Bundesebene wird sich die Landesregierung für sozial gerechte und zielführende Hilfen für Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen, Sozialleistungsbezieher sowie für Rentnerinnen und Rentner einsetzen. NRW ist bereit sich bei Entlastungen für Bevölkerung und Wirtschaft zu beteiligen.

Weitere Themen, die in der Regierungserklärung unter anderem angesprochen wurden, sind der Kohleausstieg bis 2030, die Bekämpfung von Kriminalität und sozialer Einsamkeit, die Durchführung von Präsenzunterricht im Herbst und Winter, der verstärkte Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie die qualitative und quantitative Verbesserung der Kindertagesbetreuung.

Wahl zum Sprecher der CDU-Fraktion im Wissenschaftsausschuss



CDU-Sprecher der Fachausschüsse

In der ersten Fraktionssitzung nach der Sommerpause bin ich zum Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Wissenschaftsausschuss wiedergewählt worden. Bereits in der zurückliegenden Wahlperiode bin ich im November 2021 als Nachfolger des neuen Bundestagsabgeordneten Dr. Nacke in dieses Amt gewählt worden.

Ich freue mich, unsere vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft in NRW weiter begleiten zu können. Gerade in OWL haben wir in den vergangenen Jahren viele Projekte auf den Weg gebracht. Neben meiner Sprechertätigkeit im Wissenschaftsausschuss bin ich auch weiterhin ordentliches Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss.



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



Steuerbefreiung von kleinen Photovoltaikanlagen

Am Mittwoch befasste sich der Landtag NRW mit einem Antrag der Regierungsfractionen von CDU und Grünen zur Steuerbefreiung von kleinen Photovoltaikanlagen.

Das Land NRW soll sich demnach gegenüber dem Bund für eine gesetzliche Ertrags- und Umsatzsteuerbefreiung von PV-Anlagen bis 30 kWp einsetzen. Hintergrund ist, dass kleine Anlagen eine Investition in nachhaltige Energie sind und die Bürgerinnen und Bürger von Energiepreisschwankungen schützen können.

Corona-Vorbereitung für Herbst und Winter

Mit einem Antrag haben sich CDU und Grüne am Donnerstag für die Verhinderung von unkontrollierten Corona-Ausbrüchen und die Sicherstellung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens im Herbst und Winter ausgesprochen.

Alle Corona-Maßnahmen müssen den Menschen gegenüber rechtzeitig und verständlich kommuniziert werden. Zukünftige Schutzverordnungen müssen wissenschaftlich fundiert aber auch praxistauglich sein. Dafür soll das Land in enger Abstimmung mit den Kommunen Handlungskonzepte entwickeln. Auch soll landesweit an Infrastrukturen festgehalten werden, die innerhalb weniger Tage eine hohe Anzahl an Impfungen ermöglichen.

Verleihung des Zukunftspreises Handwerk OWL

In der vergangenen Woche war ich zur Verleihung des Zukunftspreises Handwerk OWL eingeladen, der durch die Handwerkskammer OWL vergeben wird. Die Preisverleihung fand vor rund 100 Gästen im Gütersloher Theater statt. Ebenfalls vor Ort war meine Landtagskollegin von den Grünen, Wibke Brems.

Besonders gefreut hat mich, dass unter den insgesamt drei Gewinnern des diesjährigen Zukunftspreises auch die Fritz Husemann GmbH & Co. KG aus Gütersloh ausgezeichnet wurde. Der Hersteller von Elektrotechnik wurde in der Kategorie „Nachhaltige Betriebsführung“ geehrt.

Mit dem Zukunftspreis werden Unternehmen aus der Region OWL ausgezeichnet, die sich besonders zukunftsorientiert und vorbildlich engagieren. Ziel ist es, mehr Aufmerksamkeit für zukunftsrelevante Themen im Handwerk zu erzeugen.



Entlastung von Familien und Menschen mit geringem Einkommen

Die Inflation und insbesondere die zum Teil starken Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln bereiten vielen Menschen auch bei uns in NRW Sorgen. Deshalb haben die Regierungsfractionen von CDU und Grünen am Donnerstag einen Antrag eingebracht, um Familien und Menschen mit geringem Einkommen gezielt zu entlasten.

Die direkte finanzielle Entlastung ist in großen Teilen Aufgabe des Bundes. Armut darf jedoch nicht nur im Zusammenhang mit der aktuellen Inflation betrachtet werden, sondern muss langfristig bekämpft werden. Besonders auch Haushalte, in denen Kinder leben und aufwachsen, stehen vor großen Herausforderungen und dürfen nicht vergessen werden. CDU und Grüne setzen sich dafür ein, dass eine „Armutskonferenz“ mit allen relevanten Akteuren einberufen wird. Auch soll unter anderem eine Vereinbarung mit den Energieversorgern in NRW über ein Moratorium für Strom- und Gassperren in diesem Winter getroffen werden, um soziale Härten abzufedern.